ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Pies, Ingo

Working Paper

Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie

Diskussionspapier, No. 2025-04

Provided in Cooperation with:
Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2025) : Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie, Diskussionspapier, No. 2025-04, ISBN 978-3-96670-252-2, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale)

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/323212

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

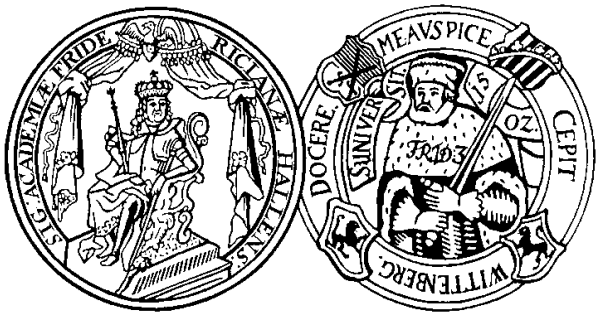
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Ingo Pies

Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie

Diskussionspapier Nr. 2025-04

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2025

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-96670-251-5 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-96670-252-2 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Unsere Diskurskultur muss auf Vordermann gebracht werden, wenn Demokratie nicht misslingen soll. Diskursversagen wird ausgelöst, wenn der freie Gedankenaustausch zwischen den politischen Lagern unterbunden wird. Dies ist dort der Fall, wo das jeweilige Gegenüber im Schema von ‚gut' und ‚böse' als unmoralisch gebrandmarkt und aus dem Diskurs ausgeschlossen wird. Politische Gegner sind nicht auszugrenzen, niederzukämpfen und mundtot zu machen. Vielmehr gilt es, sie konstruktiv wahr- und ernstzunehmen: als demokratische Prozess-Partner im gemeinsamen Ringen um die besten Lösungen für gemeinsame Probleme.

Schlüsselbegriffe: Demokratie, Diskursversagen, Monstrositäts-Imagination, Moralisierung, Regelkonsens

Abstract

Our culture of discourse must be brought up to scratch if we want to rescue democracy. Discourse failure is triggered when the free exchange of ideas between the political camps is prevented. This is the case where the respective opponent is branded as immoral in the scheme of 'good' and 'evil' and excluded from the discourse. Political opponents are not to be defeated and silenced. Rather, they must be constructively recognized and taken seriously: as democratic process partners in the joint struggle for the best solutions to joint problems.

Keywords: Democracy, Discourse Failure, Imagination of Monstrosity, Moralization, Rule Consensus

Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie

Ingo Pies*

Demokratie beruht auf der normativen Idee zur Legitimierung politischer Herrschaft, dass Staatsgeschäfte nicht primär den Privatinteressen der politischen und bürokratischen Geschäftsführer dienen sollen, sondern vielmehr den Gemeinwohlinteressen ihres Auftraggebers, des Volkssouveräns. Diese Gemeinwohlinteressen der Gesamtbevölkerung eines Staates lassen sich als *moralische Anliegen* beschreiben. Es geht um Frieden, Wohlstand und Menschenwürde: um innere und äußere Sicherheit, um Rechtssicherheit und soziale Sicherheit, um Rahmenbedingungen für funktionierende Märkte, um die dauerhafte Sicherung lebensdienlicher Verhältnisse in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht. *Insofern sind Politik und Moral aufs Engste verknüpft*. Und das ist auch gut so.

Die im Titel aufgeworfene Problematisierung eines morali(stis)chen Einflusses auf Politik wird erst dann verständlich, wenn man weitere Differenzierungen berücksichtigt. Ich entwickle das Argument in vier Schritten.

1. (Selbst-)Aufklärung und (Selbst-)Steuerung in der Demokratie

Analysiert man Demokratie als ein *Prinzipal-Agent*-Verhältnis zwischen Beherrschten und Herrschern, so lassen sich zwei Facetten unterscheiden. Damit Demokratie funktioniert, müssen die Prinzipale wissen, was sie wollen, und sie müssen in der Lage sein, dieses Wollen für die Agenten verbindlich zu machen. Damit sind zwei Erfolgsbedingungen identifiziert, die man als (Selbst-)Aufklärung und (Selbst-)Steuerung beschreiben kann.

Das Problem *demokratischer (Selbst-)Steuerung* wird gelöst, indem eine politische Arena eingerichtet wird, die so konstitu(tionalis)iert ist, dass die Agenten immer wieder neu um die Zustimmung der Prinzipale konkurrieren müssen. Ihre Herrschaft ist zeitlich und inhaltlich durch die Vorgaben einer parlamentarischen Verfassung (mit politisch unabhängigen Verwaltungs- und Verfassungsgerichten) eng limitiert. Die Logik lautet: Wer die Erwartungen der Prinzipale nicht erfüllt, wird abgewählt. Demokratische Wahlen sind insofern ein per Verfassung verankerter Fehlerkorrekturmechanismus.

Das Problem demokratischer (Selbst-)Aufklärung wird gelöst, indem eine Arena öffentlicher Diskurse eingerichtet wird, die so konstitu(tionalis)iert ist, dass gleichberechtigt ausnahmslos jeder zu Wort kommen darf, um Vorschläge zu unterbreiten, wie das Gemeinwohl inhaltlich auszudeuten ist: an welchen moralischen Anliegen man unbeirrt festhalten sollte, welche einer neuen Interpretation bedürfen und welche bislang vernachlässigt wurden, also mehr politische Aufmerksamkeit verdienen. Es geht um *kollektive Selbstverständigung*. Insbesondere Medien spielen hier eine wichtige Rolle, aber auch die Wissenschaft sowie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Interessengruppen, die ebenso wie politische Akteure von ihrem Recht auf Gedanken- und Meinungsfreiheit ohne Ansehen der Person Gebrauch machen dürfen. Die Logik lautet: Am öffentlichen

* Dieser Beitrag wurde auf Anfrage für die Zeitschrift „Politikum“ geschrieben und soll dort in Heft 3/2025 erscheinen, aufgrund der strikten Längenbegrenzung jedoch ohne die beiden hier zugefügten Anhänge. Johannes Varwick, Hans-Dieter Pies, Martina Pies, Felix Carl Schultz und Matthias Uhl ist für wertvolle Hinweise zu danken.

Diskurs kann jeder (zu möglichst geringen Kosten, vor allem diskriminierungsfrei) aktiv und passiv partizipieren, um sich zu informieren, sich mit Argumenten auseinanderzusetzen und andere zu überzeugen bzw. sich von ihnen überzeugen zu lassen. Es geht um einen Prozess individueller Meinungsbildung, der zur kollektiven Willensfindung beiträgt.

Politik und Öffentlichkeit hängen folglich eng zusammen: Die diskursive Arena ist gleichsam die *Schaltzentrale der Demokratie*, weil hier öffentlichkeitswirksam Erwartungen formuliert werden, die ausschlaggebend dafür sind, wer in der politischen Arena den Wettbewerb um die Gunst der Wähler gewinnt bzw. verliert. Man kann es auch so sagen: Eine gelingende (Selbst-)Steuerung setzt voraus, dass zuvor eine erfolgreiche (Selbst-)Aufklärung stattgefunden hat.

Damit erweist sich Demokratie als eine außerordentlich voraussetzungsreiche Angelegenheit. Um ihre Funktionsbedingungen besser zu verstehen, empfiehlt sich ein Vergleich zwischen Wirtschaft und Politik.

2. Märkte in Wirtschaft und Politik

Auf einem wirtschaftlichen Markt konkurrieren Unternehmen um die Gunst der Kunden. Auf dem politischen Markt konkurrieren Parteien um die Gunst der Wähler. Neben dieser strukturellen Gemeinsamkeit gibt es aber auch strukturelle Unterschiede. Sie sind extrem folgenreich, und sie resultieren letztlich aus dem Umstand, dass es in der Wirtschaft um die Versorgung mit privaten Gütern geht, in der Politik jedoch um die Versorgung mit öffentlichen Gütern (bzw., um präziser zu sein: um die Versorgung mit Clubgütern für die Bürger als Mitglieder des Staatsclubs).

Auch in der Wirtschaft sind zwei Probleme zu lösen: Aufklärung und Steuerung. Einerseits müssen die Kunden wissen, welche Güter und Dienstleistungen sie nachfragen wollen. Andererseits müssen die Anreize für die Anbieter so gesetzt sein, dass sie aus eigenem Interesse heraus die Kundenbedürfnisse bestmöglich befriedigen wollen. Das Steuerungsproblem wird – wie auch auf politischen Märkten – durch institutionalisierte Wettbewerbsanreize gelöst. Aber anders als in der Politik wird nicht noch eigens eine zweite Arena öffentlicher Diskurse benötigt, um zuvor das Aufklärungsproblem zu lösen. In dieser Hinsicht kommt die Wirtschaft mit einer einzigen Wettbewerbsarena aus. Woran liegt das?

Unternehmen betreiben Marktforschung und Marktinformation. Sie versuchen herauszufinden, welche neuen Produktideen erfolgreich sein könnten, und dann machen sie dafür Werbung. Hierbei setzen sie fast ausschließlich auf den Feedback-Mechanismus ‚Exit'. Sie richten ihr Angebots-Verhalten danach aus, welche Kaufentscheidungen die Marktgegenseite trifft – also ob es ihnen gelingt, bei den Konsumenten auf freiwilliger Grundlage eine Zahlungsbereitschaft zu aktivieren, die die Kosten der Produktion mindestens abdeckt. Aus Sicht der Konsumenten sind nun zwei Fälle zu unterscheiden.

- Erstens ist es bei den meisten Alltagsentscheidungen so, dass sie im Hinblick auf wirtschaftliche Güter und Dienstleistungen durch einen *Trial-and-Error*-Prozess erfahrungsbasiert herausfinden, welche Güter ihnen zusagen – und welche vergleichsweise eher nicht. Hier findet das individuelle Lernen (bezogen auf den Kaufzeitpunkt) *ex post* statt, und die kollektive Verhaltenskoordination zwischen

Anbietern und Nachfragern erfolgt über Wiederkaufsentscheidungen, die gegebenenfalls unterbleiben.

- Der zweite Fall ist etwas anders gelagert: Besteht bei großen Anschaffungen – man denke beispielsweise an den Kauf eines Autos oder eines Hauses – ein Bedarf, sich *ex ante* zu informieren, d.h. auf die Einschätzung von Experten oder auf die Erfahrungen anderer Kunden zurückzugreifen, so wird auch dieser Bedarf üblicherweise durch wirtschaftliche Märkte bedient. Man denke etwa neben der Mund-zu-Mund-Propaganda im eigenen Bekanntenkreis an Immobilienmakler und Informationsportale oder an Autohändler, Autozeitschriften, Autorankings und das florierende Segment der Influencer in den sozialen Medien.

Möglich ist all dies, weil der Konsum privater Güter zwar einen geschlossenen Feedback-Loop zwischen Angebot und Nachfrage, aber keine *zusätzliche Koordination* zwischen den Nachfragern erfordert, denn hier kann jeder einzeln für sich selbst entscheiden, ob er kaufen will oder nicht.

Genau das ist anders beim Konsum öffentlicher Güter. Letztlich geht es hier um *kollektiv verbindliche Entscheidungen*. Sie beziehen sich darauf, wie das staatliche Gewaltmonopol eingesetzt werden soll, um für die Clubmitglieder – vulgo: das Staatsvolk – öffentliche Güter zu finanzieren und bereitzustellen. Bei individuellen Entscheidungen über private Güter ist man nur selbst betroffen. Aber bei politischen Entscheidungen über öffentliche Güter sind *alle* betroffen. Deshalb gibt es hier Abstimmungsbedarf. Und aus genau diesem Grund benötigt eine funktionierende Demokratie *zwei* Arenen, weil – anders als in der Wirtschaft – Aufklärung und Steuerung nicht gleichsam *uno actu* erledigt werden können, sondern als separate Probleme separater Lösungen bedürfen.

Man kann es auch so sagen: Märkte in Wirtschaft und Politik unterscheiden sich systematisch beim Koordinationsaufwand auf der Nachfrageseite. Ein wirtschaftlicher Markt funktioniert weitestgehend mit Exit *ohne* Voice, ein politischer Markt hingegen benötigt konstitutiv Exit *und* Voice, denn ohne eine kollektive Selbstverständigung über ihr politisches Wollen kann es den Bürgern nicht gelingen, ihre Gemeinwohlinteressen als demokratischer Souverän auch tatsächlich durchzusetzen. Man sieht: *Politik ist auf Öffentlichkeit syste(ma)tisch angewiesen.* Der Feedback-Mechanismus wettbewerblich verfasster Parlamentswahlen in der politischen Arena bedarf nicht nur der Ergänzung, sondern sogar der intellektuellen Orientierung durch Prozesse kollektiver Meinungsbildung und Gemeinwohlbestimmung in der diskursiven Arena einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit. Anders lässt sich der nötige Feedback-Loop zwischen den politischen Agenten und ihren Prinzipalen nicht schließen.

Insofern ist es nicht verkehrt, die Öffentlichkeit neben Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt aufzufassen. In der Tat erfüllt sie für eine Demokratie ähnlich wichtige Aufgaben wie die drei organisatorisch getrennten Abteilungen zur Führung der Staatsgeschäfte. Genaugenommen lassen sich zwei grundlegende Aufgaben unterscheiden.

3. Die zwei Aufgaben der Öffentlichkeit

Die erste Aufgabe der Öffentlichkeit besteht darin, eine kollektive Selbstverständigung der Bürger über ihr politisches Wollen zu ermöglichen und zu unterstützen. Hier geht es

um *Konsensbildung*, und zwar in einem ganz spezifischen Sinn: Eine pluralistisch verfasste Öffentlichkeit kann zwar keinen Wertekonsens herstellen, wohl aber einen Regelkonsens sowie einen Konsens über die grundlegenden moralischen Anliegen, die zu verwirklichen allgemein wünschenswert ist.

Zum *Regelkonsens* gehört beispielsweise, dass demokratische Wahlen bestimmten Fairnessbedingungen genügen müssen und dass – wenn diese erfüllt sind – dies die Pflicht nach sich zieht, dass Wahlverlierer ihre Niederlage anerkennen, konstruktive Oppositionsarbeit leisten und bei der nächsten Wahl versuchen, mit einem überarbeiteten Programm mehr Zustimmung zu erringen. Zum Regelkonsens gehört ferner, dass sich auch die Gewinner einer fairen Wahl an die Spielregeln halten: Sie müssen anerkennen, dass ihr Regierungs-Mandat in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht begrenzt ist und dass sie sich nach Ablauf der Legislaturperiode erneut zur Wahl stellen müssen.

Die *normativen Desiderate* einer jeden Demokratie lassen sich illustrativ mit wenigen Begriffen umreißen: Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtsgleichheit vor dem Gesetz, soziale Sicherheit, Nachhaltigkeit. Keines dieser Desiderate ist strittig in dem Sinne, dass eine größere Gruppe von Bürgern ernsthaft behaupten würde, es sei aus prinzipiellen Gründen nicht erstrebenswert. Diese *moralischen Anliegen* spiegeln historische Lernprozesse wider und verdichten die gelernten Lektionen zu normativen Leitsternen, an denen man sich hinsichtlich Form und Inhalt orientieren kann, wenn es darum geht, konkrete politische Ziele zu verfolgen. Sie dürfen aber nicht mit solchen Zielen verwechselt werden.

Und zwar aus folgendem Grund: Über konkrete politische Ziele kann es in einer pluralistischen Demokratie grundsätzlich keinen allgemeinen Konsens geben, der alle Bürger – also die Gesamtheit des Staatsvolkes – einig sein ließe. Hier ist nicht mehr als ein *partikularer Gruppenkonsens* möglich. Am Beispiel: Ein Teil der Bürger wird höhere Steuern, ein anderer Teil niedrigere Steuern präferieren. Ein Teil der Bürger wird höhere, ein anderer niedrigere Sozialleistungen befürworten. Ein Teil der Bürger wird höheren, ein anderer niedrigeren Umweltschutzstandards den Vorzug geben. Ein Teil der Bürger wird eine höhere, ein anderer eine niedrigere Zahl von Immigranten für erstrebenswert halten. Diese Liste ließe sich nahezu beliebig fortsetzen, zumal die Unterschiede politischen Wollens nicht nur quantitative, sondern vor allem auch qualitative Dimensionen haben.

Trotz dieses Sachverhalts begegnet immer wieder die Vorstellung, ein allgemeiner Wertekonsens sei möglich und sogar erstrebenswert. Doch wer so denkt, hat das politische System einer modernen Gesellschaft nicht richtig verstanden. Denn der im Hinblick auf konkrete politische Ziele prinzipiell unauflösbare Wertedissens ist nicht eine Schwäche, sondern geradewegs umgekehrt die eigentliche *Stärke der Demokratie*. Ich will das kurz erläutern.

Die unterschiedlichen Werte unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen lassen sich typischerweise in ein Spektrum einordnen, das von den Polen ‚progressiv' und ‚konservativ' begrenzt wird. Angelehnt an die Sitzordnung in der französischen Nationalversammlung während der Revolutionszeit Ende des 18. Jahrhunderts, hat es sich eingebürgert, hierfür auch die schematische Einordnung von ‚links' und ‚rechts' zu verwenden.

Für ein angemessenes Verständnis der modernen Demokratie ist es von absolut grundlegender Bedeutung, trotz eigener Präferenzen für die eine oder andere Seite zu erkennen, dass auf Dauer *beide* Gruppen benötigt werden, und zwar nicht *trotz* ihrer Unterschiede, sondern *aufgrund* ihrer Unterschiede. Denn es sind gerade diese Unterschiede, die als

Antriebsquelle gesellschaftlicher Lernprozesse genutzt werden können. Für das Gelingen solcher Lernprozesse sind diese beiden Gruppen und ihre Sichtweisen sogar aufeinander angewiesen. Denn beide neigen zu Übertreibungen, die eingehegt werden müssen. Insofern fungieren beide Positionen als *wechselseitige Korrektive*. Man kann dies bereits in aller Klarheit bei John Stuart Mill (1859, 1977; S. 253, eigene Übersetzung) nachlesen:

> „In der Politik ... ist es fast ein Gemeinplatz, dass sowohl eine Partei der Ordnung oder Stabilität als auch eine Partei des Fortschritts oder der Reform gleichermaßen notwendig sind, um das politische Leben in einem gesunden Zustand zu halten ... Jede dieser beiden Denkweisen bezieht ihren Nutzen aus den Mängeln der ihr jeweils entgegenstehenden; aber es ist in hohem Maße die Opposition der Gegenpartei, die allererst dafür sorgt, dass jede einzelne dieser beiden Denkweisen die Grenzen der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes einhält."

Man kann es auch so ausdrücken: Der Wertedissens und der daraus resultierende Antagonismus zwischen ‚links' und ‚rechts' sind nicht zu beklagen oder zu bekämpfen, sondern zu nutzen. Oder auf neudeutsch: „It's not a bug, but a feature of democracy." Damit ist gemeint: *Die Konkurrenz zwischen politischen Gegnern ist in einer funktionierenden Demokratie ein Instrument gelingender Kooperation.*

Man sieht dies noch deutlicher, wenn man die zweite Aufgabe der Öffentlichkeit bedenkt. Sie besteht nicht nur darin, die politischen Agenten über die Interessen ihrer Prinzipale zu informieren, sondern vor allem darin, die Agenten unter Erwartungsdruck zu setzen und diesen Erwartungsdruck permanent aufrechtzuerhalten, so dass er sich nicht lediglich im unmittelbaren Vorfeld von Wahlen, sondern während der gesamten Legislaturperiode tagtäglich bemerkbar macht und handlungsleitend wirkt. Hierfür wird das Eigeninteresse der Wahlverlierer in Dienst genommen, die als Opposition die Aufgabe übernehmen, das Regierungshandeln besonders kritisch zu beobachten, auf etwaige Fehlentwicklungen hinzuweisen und entsprechende Korrekturmaßnahmen zu empfehlen. Indem sich die Opposition an die Öffentlichkeit wenden darf, um das Regierungshandeln zu tadeln und für ihre eigenen Gegenentwürfe Werbung zu machen, setzt sie die regierenden Agenten unter Druck. Sie müssen sich nun verstärkt anstrengen, bei den Prinzipalen nicht allzu unbeliebt zu werden, weil ihnen sonst das Schicksal droht, bei den nächsten Wahlen ihre bisherige Mehrheit zu verlieren. Auf diese Weise disziplinieren sich ‚links' und ‚rechts' nicht nur wechselseitig in ihren ideologischen Sichtweisen in der *diskursiven* Arena, sondern durch das Zusammenspiel von Regierung und Opposition auch innerhalb der *politischen* Arena.

4. Wider die Moralisierung politischer Diskurse

Bisher habe ich so argumentiert: Wenn Demokratie Herrschaft der Volksvertreter im Interesse des Volkes sein soll, muss der Feedback-Loop zwischen Prinzipalen und Agenten geschlossen werden, was unter modernen Bedingungen erfordert, dass zwei Arenen gut aufeinander abgestimmt sind und gewissermaßen institutionell zusammenspielen: die politische Arena mit ihrer Konkurrenz um kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung und die diskursive Arena mit ihrer Konkurrenz ideologischer Werte.

Der Umkehrschluss hierzu lautet: Fälle von *Diskursversagen* beeinträchtigen die Funktionsweise der Demokratie, weil sie politisches Fehlverhalten begünstigen. *Wird die Schaltzentrale der Demokratie lahmgelegt, operiert die Politik wie im Blindflug.* So kommt es nicht nur zu Fehlentwicklungen, sondern vor allem dazu, dass Fehlentwicklungen über längere Zeit nicht entdeckt bzw. nicht korrigiert werden. Im Extremfall entsteht so bei den enttäuschten Bürgern Demokratieskepsis oder gar Demokratieverdrossenheit.

Diskursversagen wird ausgelöst, wenn der *freie Gedankenaustausch* zwischen den politischen Lagern unterbunden wird. Dies ist systematisch dort der Fall, wo das jeweilige Gegenüber im Schema von ‚gut' und ‚böse' als unmoralisch gebrandmarkt und aus dem Diskurs ausgeschlossen wird. Hier kommt es regelmäßig zu einem Phänomen, für das ich die Bezeichnung „Monstrositäts-Imagination" vorgeschlagen habe (Pies 2024): Vertretern abweichender Meinungen wird vorgeworfen, finstere Motive zu verfolgen. Oft werden ihnen nicht nur schlimme, sondern sogar die schlimmstmöglichen Absichten unterstellt.

Einige wenige Beispiele mögen genügen, um sich die Facetten und Folgen dieses Phänomens vor Augen zu führen.

- Zu Beginn der Corona-Krise wurde die Entscheidung getroffen, die für solche Fälle vorbereiteten Notfallpläne über Bord zu werfen und mit radikal neuen Maßnahmen wie etwa Lockdowns zu experimentieren, also *nicht* evidenz-basiert vorzugehen. Naturgemäß stieß dies bei manchen Experten auf Bedenken und Widerspruch. Die Great-Barrington-Erklärung liefert hierfür einen Beleg. Sie argumentiert gegen generelle Lockdowns und für einen gezielten Schutz klar identifizierter Risikogruppen. Der als Regierungsberater auftretende Christian Drosten hat dieses Argument als „Sabotage" bezeichnet, also nicht etwa als einen Fehler, der den Kritikern versehentlich unterlaufen sei, sondern als mutwillige Störung und Unterminierung der offiziellen Pandemiepolitik (von Zumbusch 2022). Solche Einlassungen vergiften das Diskussionsklima und machen es praktisch unmöglich, sich *sine ira et studio* über die strittigen Sachfragen zu verständigen.
- In den Medien ist die Formulierung weit verbreitet, Russland führe einen „unprovozierten Angriffskrieg" gegen die Ukraine. Damit wird eine einseitige Schuldzuweisung vorgenommen, mit der man die eigene westliche Seite von jeder kausalen und moralischen Verantwortung für die Entstehung des Konflikts freispricht, während man der Gegenseite aggressiv-imperialistische Absichten unterstellt (Pies 2023). In den letzten Jahren war es üblich, Vertreter abweichender Meinungen als „Russlandversteher" oder gar als „Putinisten" an den Pranger zu stellen, verbunden mit dem Vorwurf, sie verbreiteten die Narrative des Gegners. Diese Ausgrenzung(sstrategie) dürfte maßgeblich mit dazu beigetragen haben, dass die Mitgliedstaaten der EU diplomatischen Bemühungen zur Beendigung der Kriegshandlungen über Jahre hinweg mit Ablehnung begegnet sind.
- Am 31. März 2025 hält der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Eckhard Sommer, in der deklarierten Rolle eines Privatmanns eine Aufsehen erregende Rede über Korrekturmöglichkeiten für langjährige Fehlentwicklungen der deutschen und europäischen Migrationspolitik (Betschka 2025), die – wie es mittlerweile üblich ist – zu reflexartigen Rücktrittsforderungen geführt hat, obwohl Sommer hier in mustergültiger Weise doch lediglich sein Freiheitsrecht ausgeübt hat, „von seiner Vernunft … öffentlichen Gebrauch zu machen", um es mit Immanuel Kant (1784, 1969; S. 36) zu sagen.

Fazit

Die Moralisierung politischer Diskurse erweist dem demokratischen Prozess zur Verwirklichung moralischer Anliegen einen Bärendienst. Und genau deshalb lässt sich die Moralisierung im Namen der Moral kritisieren: weil sie zu letztlich unmoralischen Konsequenzen führt.

Auch dies wusste bereits John Stuart Mill (1859, 1977; S. 259, eigene Übersetzung). Bei ihm liest man folgende Bestimmung zur „real morality of public discussion“: Wahre Diskursmoral stelle unter Beweis, wer „– gleich welcher Partei er angehört – die Ruhe und Ehrlichkeit an den Tag legt, klar zu sehen und auszusprechen, welche Meinungen die Gegenseite wirklich vertritt, wer nichts übertreibt, um die Gegenseite zu diskreditieren, wer nichts zurückhält, was zu ihren Gunsten spricht oder möglicherweise sprechen könnte.“

Kurz: *Wir müssen daran arbeiten, unsere Diskurskultur wieder auf Vordermann zu bringen, wenn Demokratie nicht misslingen soll.*

Hierbei kann folgende Maxime helfen: In der Demokratie ist politische Konkurrenz ein Mittel gesellschaftlicher Kooperation. Es geht nicht darum, politische Gegner auszugrenzen, niederzukämpfen und mundtot zu machen. Sondern es geht darum, politische Gegner als Kooperationspartner wahrzunehmen und ernstzunehmen: als demokratische Prozess-Partner im gemeinsamen Ringen um die besten Lösungen für Probleme, die uns allen gemeinsam zu schaffen machen.

Literaturverzeichnis

Betschka (2025): „Zynisch und inhuman“: BAMF-Chef hält Brandrede gegen Asylrecht, in: Stern, Online-Beitrag vom 1.4.2025, im Internet unter: https://www.stern.de/politik/deutschland/bamf-chef-sommer-haelt-brandrede-gegen-asylrecht---kipppunkt-erreicht--35600918.html (letzter Zugriff 6.4.2025).

Kant, Immanuel (1784, 1969): Was ist Aufklärung?, in: Ders.: Gesammelte Werke, Akademie-Ausgabe, hrsg. von der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Band VIII, Berlin: De Gruyter, S. 33-42.

Mill, John Stuart (1859, 1977): On Liberty, in: Ders.: Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII, edited by J.M. Robson. Introduction by Alexander Brady. University of Toronto Press; Routledge and Kegan Paul, S. 213-310.

Pies, Ingo (2023): Ethik in Zeiten des Krieges: Ein ordonomisches Plädoyer für intellektuelle Diskursverantwortung, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).

Pies, Ingo (2024): Schwierigkeiten (mit) einer Tugendethik des Marktes – Theoriestrategische Überlegungen aus ordonomischer Sicht, Diskussionspapier Nr. 2024-06 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle, im Internet unter: https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=69111&elem=3578648 (letzter Zugriff 6.4.2025).

von Zumbusch, Magdalena (2022): Kurz vor „Freedom Day“: Drosten wettert gegen „Corona-Relativismus“ und spricht von „Sabotage“, in: Merkur, Online-Beitrag vom 31.3.2022, im Internet unter: https://www.merkur.de/deutschland/christian-drosten-virologe-omikron-corona-regeln-freedom-day-relativismus-verharmlosung-sabotage-twitter-91446988.html (letzter Zugriff 6.4.2025).

Anhang I: Kommentierte Literaturempfehlungen

Mittlerweile gibt es eine umfangreiche neuere Literatur mit wichtigen Hilfestellungen für die Anamnese, Diagnose und Therapie des hier thematisierten Problems, dass eine Moralisierung politischer Diskurse Gift ist für die Demokratie.

(1) Zur evidenzbasierten Anamnese sind zwei Studien zu empfehlen:

> Herold, Maik, Janine Joachim, Cyrill Otteni und Hans Vorländer (2023): Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern, MIDEM Studie 2023-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden, im Internet unter: https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/polarisierung-in-deutschland-und-europa/ (letzter Zugriff am 4.10.2024).

In dieser Studie wird das Phänomen „affektiver Polarisierung" untersucht. Mit diesem Begriff beschreiben Politikwissenschaftler die Dynamik, dass aus Andersdenkenden Gegner und aus Gegnern schließlich Feinde werden, die einander nicht mit Achtung, sondern mit Achtungsentzug, Missachtung und sogar expliziter Verachtung begegnen. Demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse werden auf diese Weise stark emotionalisiert. Empörung, Hass und Diffamierung führen zu Diskursblockaden und schließlich zum Diskursversagen.

Ferner ist zu empfehlen:

> Robertson, Claire E., Kareena del Rosario und Jay J. Van Bavel (2024): Inside the Funhouse Mirror Factory: How Social Media Distorts Perceptions of Norms, PsyArXiv Preprint, im Internet unter: https://osf.io/preprints/psyarxiv/kgcrq?utm_source=substack&utm_medium=email (letzter Zugriff am 4.10.2024).

Diese Studie kommt anhand von US-Daten zu dem interessanten Befund, dass die sozialen Medien, insbesondere die Plattform X (vormals Twitter), gerade im Hinblick auf politische Diskurse zu massiven Wahrnehmungsverzerrungen der Öffentlichkeit führen. Wichtig sind drei Faktenaussagen:

- **10 %** der Nutzer erzeugen **97 %** der politischen Tweets
- **90 %** der Nutzer werden repräsentiert durch **3 %** der politischen Tweets
- Die dominanten **10 %** sind nicht nur besonders aktiv, sondern auch besonders **extrem** in ihren Ansichten. Das gilt für rechts wie links.

Die nachfolgende Abbildung ist aus dieser Studie entnommen.

- Das linke Diagramm zeigt die **wahre Normalverteilung** im politischen Meinungsspektrum.
- Das mittlere Diagramm zeigt, **wie Twitter die Mitte ausblendet**.

- Das rechte Diagramm zeigt, wie das politische Meinungsspektrum daraufhin wahrgenommen wird. Statt der Gaußkurve wird eine **bipolare Verteilung** suggeriert.

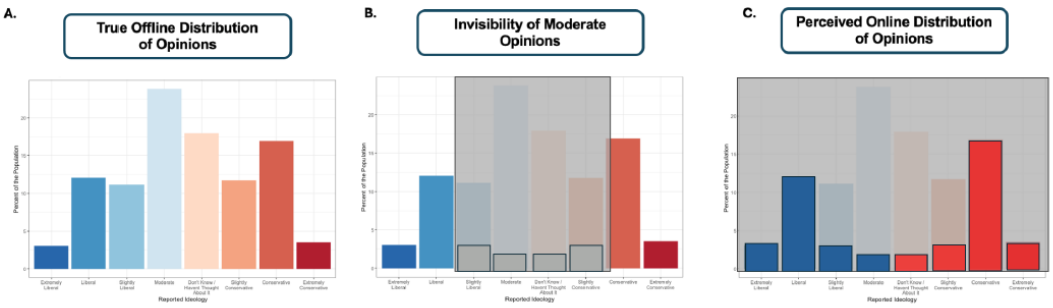


Abbildung AI-1: Optische Täuschung: Daten aus den USA –
Quelle: Robertson et al. (2024; Abb. 1, S. 5).

Auf diese Weise wird durch soziale Medien – vielleicht sollte man besser sagen: durch unsoziale Medien – folgende Dynamik befeuert: Die politische Mitte ist stark unterrepräsentiert. Die politischen Ränder sind stark überrepräsentiert. Sie nehmen sich wechselseitig antagonistisch wahr und setzen durch Emotionalisierung und Moralisierung eine Eskalationsspirale affektiver Polarisierung in Gang, in der man mit Wut und Empörung auf die Gegenseite reagiert und dort seinerseits für Wut und Empörung sorgt. Kurz: Beide Seiten agieren besten Gewissens so, dass die Vorbehalte und Vorurteile der Gegenseite geradewegs bestätigt und weiter angeheizt werden.

(2) Zur Diagnose sind eine kleine Schrift über politische Lager sowie drei moralphilosophische Bücher zu empfehlen.

> Kling, Arnold (2013, 2017): The Three Languages of Politics: Talking Across the Political Divides. Cato Institute.

Die zentrale These dieser kleinen Schrift lautet, dass jedes politische Lager um eine moralische Idee zentriert ist und dass politische Missverständnisse bis hin zum Diskursversagen daraus resultieren, dass man diesen moralischen Kern übersieht oder ignoriert. Erläutert wird, dass Progressive in der Regel versuchen, die Schwachen gegen die Starken in Schutz zu nehmen, während Konservative in der Regel versuchen, das Gemeinwesen gegen innere und äußere Anfeindungen zu verteidigen. Progressive treten gegen (von ihnen so wahrgenommene) Ausbeutung ein, Konservative gegen (von ihnen so wahrgenommene) Gefährdungen der Zivilisation.

> Greene, Joshua (2013): Moral Tribes. Emotion, Reason, and the Gap between Us and Them, New York: The Penguin Press.

“Moral Tribes” ist ein Grundlagenwerk, das auf die dunklen Seiten der Moral aufmerksam macht. Die Hauptthese lautet: Moral ist evolutionär entstanden. Unter modernen Bedingungen gibt es deshalb Mismatchprobleme, vor allem im Hinblick auf moralische

Emotionen. Im Kern geht es darum, dass Moral(isierung) die Tendenz aufweist, Kooperationsprobleme innerhalb von Gruppen zu entschärfen, aber die Kooperationsprobleme zwischen Gruppen zu verschärfen.

> Tosi, Justin und Brandon Warmke (2020): Grandstanding: The Use and Abuse of Moral Talk. Oxford: Oxford University Press.

„Grandstanding" analysiert, wie moralische Sprache im öffentlichen Diskurs oft instrumentalisiert wird, um Status und Anerkennung zu erlangen, anstatt eine objektive Auseinandersetzung mit moralischen Fragestellungen zu fördern. Viele Akteure nutzen – bzw. missbrauchen – moralische Aussagen als eine Art Signal für ihre eigene Tugend und Integrität. Dieses Phänomen, das hier als „Grandstanding" bezeichnet wird, führt dazu, dass Debatten zunehmend von Selbstdarstellung und dem Streben nach sozialem Prestige geprägt sind, was die epistemische Qualität des öffentlichen Diskurses beeinträchtigt und insbesondere zur Polarisierung beiträgt.

> Gray, Kurt (2025): Outraged: Why We Fight About Morality and Politics and How to Find Common Ground, New York: Pantheon Books.

"Outraged" erklärt aus einer evolutionspsychologischen Perspektive, warum moralische Emotionen und politische Konflikte tief in unserer Natur verankert sind. Gezeigt wird, dass Emotionen wie Wut und Empörung evolutionär entstanden sind, um soziale Normen zu schützen, heute aber oft zu Polarisierung und gesellschaftlicher Spaltung führen. Besonders soziale Medien befeuern diese Dynamik, indem sie Echokammern schaffen und kognitive Verzerrungen verstärken. Insofern führt auch Gray die aktuellen Diskursprobleme auf ein Mismatchproblem zurück, dem man freilich konstruktiv begegnen kann, weil die tribale Natur des Menschen kein unabänderliches Schicksal ist, das man ohnmächtig hinnehmen müsste.

(3) Zur Therapie sind mehrere Bücher zu empfehlen. Allerdings weisen sie die Gemeinsamkeit auf, sich vorwiegend nur mit der *individualethischen* Frage zu beschäftigen, was der Einzelne tun kann, um den gesellschaftlichen Dialog zu befördern. Zu der *ordnungsethischen* Frage, welche institutionellen Weichenstellungen erforderlich wären, um dem gesellschaftlichen Diskursversagen entgegenzuwirken, liegen meines Wissens noch keine grundlegenden Buchpublikationen vor. Hier gibt es also noch Forschungsbedarf.

> Boghossian, Peter und James Lindsay (2019): How to Have Impossible Conversations. A Very Practical Guide, New York: Hachette Book Group.

„How to Have Impossible Conversations" gibt als praktischer Leitfaden Anregungen, wie es gelingen kann, auch mit solchen Personen in Dialog zu treten, deren Ansichten sich grundlegend von den eigenen unterscheiden. Erklärt wird, wie wichtig es ist, den eigenen Emotionspegel herunterzufahren und sich auf aktives Zuhören sowie klare Kommunikation zu konzentrieren. Anhand konkreter Techniken wird dazu angeleitet, Missverständnisse zu vermeiden, überkommene Denkmuster zu hinterfragen und Raum für echtes ge-

genseitiges Verständnis zu schaffen. Es geht in der Tat darum, scheinbar unmögliche Gespräche zu führen und so die Differenzen zwischen unterschiedlichen Standpunkten zu überbrücken.

Craitu, Aurelian (2024): Why Not Moderation? Letters to Young Radicals, Cambridge u.a.O.: Cambridge University Press.

„Why Not Moderation?“ ist eine Aneinanderreihung von offenen Briefen – sowie längeren Reflexionskapiteln –, die sich primär an Jugendliche wenden, die dem linken bzw. rechten Pol des politischen Spektrums zuzuordnen sind. Diese besondere literarische Form zielt darauf ab, Bedeutung von Mäßigung in politischen und ideologischen Diskursen zu betonen und lebhaft nachvollziehen zu können. Kritisiert wird der verbreitete Hang zu extremen Positionen und der oft kompromisslose Eifer, der zu gesellschaftlicher Spaltung und rhetorischer Verhärtung führt. Craitu argumentiert, dass eine Haltung der Mäßigung – gekennzeichnet durch Dialogbereitschaft, Empathie und kritische Selbstreflexion – nicht als Schwäche, sondern als notwendige Einstellung für konstruktiven politischen Diskurs und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zu verstehen ist. Mit theoretischen Einsichten und praktischen Ratschlägen fordert er junge Akteure dazu auf, ihre Überzeugungen zu hinterfragen und den Wert differenzierter Perspektiven anzuerkennen, um so einen inklusiveren und verantwortungsbewussten Umgang mit politischen Differenzen zu fördern.

Galef, Julia (2021): The Scout Mindset, Portfolio / Penguin.

„The Scout Mindset“ kontrastiert zwei unterschiedliche Diskurshaltungen. Nimmt man an Diskursen mit der kämpferischen Einstellung eines „soldier mindset“ teil, dann neigt man dazu, abweichende Meinungen als Angriff wahrzunehmen und darauf mit Verteidigungsanstrengungen zu reagieren. Nimmt man an Diskursen hingegen mit der neugierigen Einstellung eines „scout mindset“ teil, dann neigt man eher zu einer Pfadfindermentalität, die offen ist für neue Erkenntnisse, weil es nicht darum geht, ein bereits fertiges Weltbild zu zementieren, sondern vielmehr darum, eine Kartierung der Realität vorzunehmen, die einem dabei hilft, den besten Weg zum angestrebten Ziel zu finden. Neue Erkenntnisse sind dann nichts, wogegen man sich wehren müsste (oder auch nur wehren wollte), sondern vielmehr eine willkommene Gelegenheit zur eigenen Fehlerkorrektur. Insgesamt ist das Buch ein anschauliches Plädoyer für intellektuelle Neugier und die Tugend der Wahrhaftigkeit, verbunden mit zahlreichen Beispielen und praktischen Ratschlägen, wie sich moralische Vorurteile und kognitive Verzerrungen überwinden lassen.

Joshi, Hrishikesh (2021): Why It's OK to Speak Your Mind, New York und London: Routledge.

„Why It's OK to Speak Your Mind“ führt die erhellende Metapher einer epistemischen Allmende („epistemic commons“) ein. Damit wird auf den Begriff gebracht, dass es nicht nur aus individueller, sondern auch aus kollektiver Sicht wichtig und legitim ist, die eigene Meinung offen zu äußern. Angesichts des Phänomens, dass soziale Normen und die Angst vor Ablehnung oft dazu führen, dass Menschen sich selbst zensieren, wird hier

argumentiert, dass offene und ehrliche Kommunikation nicht nur zur persönlichen Authentizität beiträgt, sondern auch den Dialog in der Gesellschaft bereichert, weil sie den Austausch unterschiedlicher Perspektiven ermöglicht. Dem individuellen Nutzen steht also auch ein kollektiver Nutzen gegenüber. Mit dieser gedanklichen Stoßrichtung gibt das Buch praktische Ratschläge, wie man Ängste überwinden und respektvolle, konstruktive Diskurse führen kann, um so individuell dazu beizutragen, dass sich die Bürger der modernen Gesellschaft besser verstehen und verständigen können.

Anhang II: Ordonomische Anregungen zur Versachlichung politischer Diskurse

(1) Es gibt zwei ganz unterschiedliche Arten und Weisen, sich ein Fußballspiel anzuschauen. Die Perspektive des Fans ist eine Teilnehmerperspektive. Der Fan identifiziert sich mit (s)einem Team und fiebert dann mit. Er ergreift Partei und begibt sich so in den Modus des Freund-Feind-Denkens. Das führt zu affektiver Polarisierung und verzerrt die Wahrnehmung. Am Beispiel: Begeht ein Spieler seiner Mannschaft ein Foul, handelt es sich um einen harten körperlichen Einsatz oder schlimmstenfalls um ein Versehen. Begeht ein Spieler der gegnerischen Mannschaft ein Foul, handelt es sich um einen unfairen Akt fahrlässiger oder gar willentlicher Körperverletzung. Zur Erinnerung: Das Wort ‚Fan' stammt aus dem Englischen und ist die Abkürzung für ‚fanatic'.

Die Alternative hierzu ist die Beobachterperspektive. Fußballzuschauer haben Gelegenheit, sie einzunehmen, wenn in wichtigen Turnieren die eigene Mannschaft nicht ins Endspiel gelangt. Spielen zwei fremde Mannschaften gegeneinander, muss bzw. kann man nicht unbedingt mitfiebern. So gelangt man eher in den Modus eines ‚impartial spectator', eines unparteiischen Beobachters, der nicht (s)einer Seite subjektiv die Daumen drückt, sondern seine emotionale und kognitive Empathie auf beide Seiten tendenziell gleichrangig verteilt und mithin die Leistungen und Fehlleistungen beider Seiten objektiv zu würdigen weiß.

Auf dem Rasen wird ein sportlicher Konflikt ausgetragen. Mit der Teilnehmerperspektive nimmt man hierzu eine Binnensicht an. Man begibt sich gedanklich *in* diesen Konflikt und ergreift Partei für die eigene Mannschaft. Mit der Beobachterperspektive hingegen nimmt man eine Außensicht an. Man positioniert sich *zum* Konflikt. Der eigene Standpunkt ist dann nicht intern, sondern extern. Die damit einher gehende Veränderung des Blickwinkels ist extrem folgenreich.

Man sieht dies sofort, wenn man über die beiden im Haupttext zitierten Aussagen von John Stuart Mill nachdenkt. Beide verdanken sich der Außenperspektive auf den politischen Prozess.

- Seine erste Einsicht lautet: Der politische Prozess benötigt progressive und konservative Kräfte. Verallgemeinert könnte man sagen: „It needs two to tango. And it needs two teams to play soccer." Und noch allgemeiner, weit über den Sport hinaus: Konkurrenz ist ein Mittel gesellschaftlicher Kooperation.
- Seine zweite Einsicht lautet: Jede politische Parteiposition hat einen moralischen Kern und neigt zu ideologischen Übertreibungen, die eingehegt werden müssen. Dies erinnert an das biblische Motto (Matthäus 7,3), dass man den Splitter im Auge des Bruders sieht, aber den Balken im eigenen Auge nicht erkennt. Doch anders als in der Bibel, die dazu auffordert, *zuerst* den eigenen Balken zu entfernen und sich *danach* dem Splitter des Bruders zuzuwenden, verweist Mill auf die Tatsache, dass Selbstkritik wesentlich schwieriger ist als Fremdkritik und dass es deshalb systemisch funktional ist, wenn die politischen Positionen sich in einem geregelten Prozess *wechselseitig* kritisieren.

Mills zwei Einsichten hebeln die Binnensicht nicht aus. Sie delegitimieren die Teilnehmerperspektive nicht, sondern vermitteln ihr wichtige Lektionen, die einer etwaigen Fanatisierung entgegenwirken. In diesem Sinn kann die Außenperspektive eines unparteiischen Beobachters dazu beitragen, die Binnenperspektive der Konfliktteilnehmer neutraler zu machen und so zu zivilisieren.

(2) Diese Überlegungen münden unmittelbar in die Folgeüberlegung, welche Maßnahmen eine Gesellschaft ergreifen kann, um der empirisch beobachtbaren Tendenz zu affektiver Polarisierung entgegenzuwirken.

Es ist offenkundig, dass bestimmte Strukturwandlungen der Öffentlichkeit zur Fanatisierung der politischen Auseinandersetzung beigetragen haben. Sie lassen sich nicht einfach umkehren. Aber wirksam begegnen könnte man ihnen schon. Hier mögen einige wenige Stichwörter genügen, um zumindest die Stoßrichtung ordonomischen Denkens anzudeuten.

- Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts bedienten Zeitungen zur Maximierung ihrer Werbeeinnahmen möglichst beide Seiten des politischen Spektrums. Nachdem die Werbung ins Internet abgewandert ist, änderte sich dieses Geschäftsmodell notgedrungen. Heute setzen auch vermeintliche Qualitäts-Zeitungen primär auf Online-Angebote und betreiben zunehmend ‚click bait', indem sie einseitig auf Emotionalisierung setzen, um Leser zu ködern. Insofern sind wir Zeitzeugen (und Leidtragende) einer Boulevardisierung der ehemaligen Seriositätspresse.
- Zugleich sind wir Zeitzeugen (und Leidtragende) einer fundamentalen Krise traditioneller Expertenkultur und damit einher gehend einer Erosion von Systemvertrauen. Insbesondere die ‚sozialen Medien' sind in dieser Hinsicht aufgrund mancher unsozialer Folgen nicht nur Segen, sondern auch Fluch – bis wir gelernt haben werden, die mit ihnen verbundenen Nachteile so auszusteuern, dass wir die mit ihnen verbundenen Vorteile umfänglich(er) aneignen können. Einstweilen jedoch ist es so, dass wir in einer ungefilterten Meinungsflut selbst ernannter Experten zu ertrinken drohen. Gegenwärtig werden wir überschwemmt von einem Tsunami schlechter Ideen, der die epistemischen Fundamente unseres Gemeinwesens unterspült und tragende Elemente der Demokratie ins Wanken bringt. Doch Versuche, ‚fake news' und Verschwörungstheorien mit den Mitteln staatlicher Zensur – oder staatlich alimentierter Zensur – entgegenzutreten, verschlimmern dieses Problem nur. Die einzig nachhaltige Lösung besteht darin, auf *Prozesse epistemischer Selbstorganisation* zu setzen: auf den Aufbau neuer Glaubwürdigkeitskaskaden in dezentralen Experten-Netzwerken, die allmählich jenes Systemvertrauen *institutionell* wiederherstellen, ohne das eine demokratische Gesellschaft nicht funktionieren kann. Hierzu bedarf es neuer Geschäftsmodelle, insbesondere auch bei den internet-basierten Medien. Die Plattform „Substack" (https://substack.com/home) könnte hierfür ein Vorbild sein.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) bedarf einer grundlegenden Reform, und zwar aus drei Gründen. Erstens führt die gegenwärtige Kombination von Gebührenfinanzierung und Werbeeinnahmen zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Medien. Zweitens ist der ÖRR aufgrund sich selbst verstärkender Prozesse der Selbstselektion im Laufe der letzten Jahrzehnte deutlich nach links gerückt und tendiert dazu, Positionen, die früher als Mitte-Rechts eingeordnet (und repräsentiert) wurden, aus dem als zulässig erachteten Meinungskorridor zu verbannen. Der dritte Grund ist mit Abstand der wichtigste: Die Frontstellung der politischen Debatte ist in Deutschland (wie übrigens auch in vielen anderen westlichen Ländern) aus der Horizontalen in die Vertikale gekippt. Es geht nicht mehr nur um ‚links' versus

> ‚rechts', sondern primär um ‚oben' versus ‚unten'. Von ‚unten' betreibt man Elitenbeschimpfung, indem man denen ‚da oben' Volksverrat vorwirft. Von ‚oben' betreibt man Volksbeschimpfung, indem man den Wutbürgern ‚da unten' rechtsextremistische Demokratiefeindlichkeit vorwirft. Durch diese Frontverschiebung gerät der ÖRR in eine unheilvolle und langfristig unhaltbare Lage. Historisch wurde er so konstitu(tionalis)iert, dass er mit seiner grundlegend pro-demokratischen Verfassung als kritische Instanz zur Regierung auftritt. Aber gerade aufgrund seiner Organisationsverfassung mutiert er in der aktuellen Auseinandersetzung zu einem Herrschaftsinstrument, das die Regierung gegen die Opposition unterstützt. Immer mehr Bürgern wird zugemutet, mit Finanzbeiträgen zum ÖRR, die sie als ‚Zwangsgebühren' empfinden, eine mediale Infrastruktur zu unterhalten, in der sie sich inhaltlich nicht wiederfinden.

Aus ordonomischer Sicht benötigen wir nicht nur eine Institutionalisierung neuer medialer Strukturen und Geschäftsmodelle, sondern auch eine *Institutionalisierung neuer Medienformate*, wenn der derzeit turbulent verlaufende ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit' in Bahnen gelenkt werden soll, die der Demokratie nicht abträglich, sondern zuträglich sind.

Um hier nur ein Beispiel zu geben: Viele politische Diskussionen sind öffentlichkeitswirksam so angesetzt, als würden Gladiatoren in einer Arena aufeinander gehetzt. Diese Art von Wettkampf gratifiziert diskursives Fehlverhalten: angefangen damit, dass man die Gegenseite nicht ausreden lässt und ihr nicht zuhört, bis hin zu gezielt eingeübten und taktisch eingesetzten Techniken der inhaltlichen Verfälschung und persönlichen Diskreditierung. Die Infotainment-Logik lautet: Wer seine Gegner mit rhetorischen Tricks übertölpelt, gewinnt die Gunst des Publikums und geht als Sieger vom Platz.

Das muss freilich nicht so sein. Man könnte ja auch die Spielregeln ändern und mit ganz anderen Formaten experimentieren. Warum eigentlich machen wir es nicht zur Pflicht, dass, wer als Experte in öffentlichen Diskussionen auftritt, zuvor den ‚ideologischen Turing-Test' bestehen muss? Der besteht darin, dass man zunächst einmal nicht seine eigene Position, sondern in eigenen Worten die Position der Gegenseite formulieren muss, und zwar so, dass die Gegenseite ihre tatsächliche Position fair repräsentiert sieht. Ein solcher Test, den man gleich am Diskussionsanfang durchführen kann, sorgt nicht nur für kognitive, sondern zugleich auch für emotionale Empathie. Er *institutionalisiert kognitive Demut* und wirkt so affektiver Polarisierung verlässlich entgegen.

(3) Ergänzend zu solchen Hinweisen zur institutionellen (Selbst-)Steuerung vermag die Ordonomik auch Hinweise zur inhaltlichen (Selbst-)Aufklärung der Demokratie zu geben. Solche Hinweise sind darauf berechnet, dass es aufgrund evolutionärer Mismatch-Phänomene eine Tendenz zur Tribalisierung und Tribunalisierung politischer Diskurse gibt, der man mit Perspektivierungen entgegenwirken kann, die zu intellektuellen Aha-Effekten einladen.

Wenn man – als Beobachter – erst einmal gelernt hat, darauf zu achten, ist es verblüffend, wie viele politische Konflikte moralisch und damit auch emotional aufgeladen werden, indem man sie in den Wahrnehmungsrahmen eines Täter-Opfer-Schemas einordnet. ‚Linke' und ‚Rechte' unterscheiden sich oft lediglich nur darin, wer genau jeweils als Täter und wer als Opfer identifiziert wird. Meist ist es so, dass ‚Linke' gesellschaftlichen Minderheiten und ‚Rechte' gesellschaftlichen Mehrheiten die Opferrolle zuweisen und dass gerade dies für wechselseitige Missverständnisse sorgt, weil der moralische Kern

der Gegenposition oft gar nicht verstanden und dann sogar als unmoralisch fehlinterpretiert wird.

Beispiel Immigration: ‚Linke' sehen Migranten als Flüchtlinge, mithin als Opfer und schreiben ihnen ein Menschenrecht auf Willkommenskultur zu. Wer Migranten an der Grenze abweisen will, macht sich aus ihrer ‚linken' Sicht einer unterlassenen Hilfeleistung schuldig und wird so zum Täter. Demgegenüber thematisieren ‚Rechte' Migranten vornehmlich als Täter: als illegal Eingereiste, als Kriminelle und als Trittbrettfahrer sozialstaatlicher Leistungen. Als Opfer wird die Mehrheitsbevölkerung ausgemacht, die unter den Tätern zu leiden hat. Wer Migranten *nicht* an der Grenze abweisen will, macht sich aus ihrer ‚rechten' Sicht einer Komplizenschaft schuldig und nimmt Stellung gegen das eigene Volk.

Zur Überbrückung nur scheinbar unüberbrückbarer Widersprüche würde es helfen, sich zu vergegenwärtigen, dass der politische Gegensatz zwischen den beiden Lagern kein Gegensatz von ‚gut' versus ‚böse' ist. Hier steht nicht Moral gegen Unmoral. Vielmehr prallen hier zwei Positionen aufeinander, die für sich jeweils einen moralischen Kern beanspruchen können. Man sieht dies am besten, wenn man die widerstreitenden Positionen wie folgt reformuliert: Bei der Flüchtlingsfrage geht es den ‚Rechten' um *nationale*, den ‚Linken' um *internationale Solidarität*. So betrachtet, fällt es vergleichsweise leicht, aus der Dichotom(an)ie herauszufinden, jeweils nur die eigene Extremposition je nachdem offener oder geschlossener Grenzen als legitim anzuerkennen und jede Form eines vernünftigen Kompromisses zu diskreditieren als Verrat am moralischen Prinzip, das man selbst politisch präferiert.

Beispiel Klimawandel: Hier lässt sich sehr anschaulich beobachten, wie politische Positionen der dynamischen Tendenz zur ideologischen Übertreibung unterliegen. Auf der ‚Linken' wird als Extremposition das Motto ‚Klima oder Kapitalismus' ausgerufen. Auf der ‚Rechten' geht man als Extremposition so weit, den menschengemachten Klimawandel zu leugnen.

Demgegenüber kommt es aus ordonomischer Sicht darauf an, angesichts globaler Erwärmung die Marktwirtschaft nicht *außer Kraft*, sondern sie besser *in Kraft* zu setzen und für einen wirksamen Klimaschutz institutionell *in Dienst zu nehmen*. Hierbei würde es helfen, sich das zu lösende Problem in größtmöglicher Klarheit vor Augen zu führen. Wirksamer Klimaschutz erfordert, ein *globales* öffentliches Gut bereitzustellen, also ein internationales Trittbrettfahrerproblem *institutionell beherrschbar zu machen*. Strukturell hat man es hier mit der Herausforderung zu tun, dass nicht das *gute*, sondern das *schlechte* Beispiel Schule macht, weil Staaten, die sich beim Klimaschutz zurückhalten, bedeutende Wettbewerbsvorteile hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einstreichen können.

Hinzu kommt, dass es im Wesentlichen zwei Möglichkeiten gibt, wirksamen Klimaschutz zu betreiben. Die erste besteht darin, den Einsatz fossiler Brennstoffe und die damit einher gehenden CO_2-Emissionen zu verteuern. Das erfordert politische Regulierung. Die zweite besteht darin, den Einsatz alternativer (grüner) Energien zu verbilligen. Das erfordert radikale Innovation.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Ordonomik der deutschen Öffentlichkeit, nicht länger zu fragen, was wir zu tun haben, um das Klimaproblem *auf deutschem Boden* lösen zu helfen. Diese Frage hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten als extrem irreführend erwiesen. Stattdessen sollte gefragt werden, was wir tun können, um das Klimaproblem *von deutschem Boden aus* lösen zu helfen. Richtig verstanden geht es nicht darum,

die deutschen Emissionen möglichst schnell auf null zu reduzieren. Vielmehr müsste es uns darum gehen, bessere Technologien zu entwickeln und erfolgreich zu exportieren, damit weltweit die Emissionen sinken. Ohne eine institutionell verbesserte Indienstnahme marktwirtschaftlicher Kräfte für klimafreundliche Innovationen wird das nicht gehen.

Diskussionspapiere[1]

Nr 2025-04 **Ingo Pies**
Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie

Nr. 2025-03 **Felix Carl Schultz und Ingo Pies**
Kreislaufwirtschaft und Wachstum
Eine kritische Perspektive auf Post-Wachstums- und Pro-Wachstums-Ansätze zur Circular Economy

Nr. 2025-02 **Kilian de Ridder, Felix Carl Schultz und Ingo Pies**
Prozedurale Klima-Gerechtigkeit: Polyzentrismus als Lösung für ein globales Problem

Nr. 2025-01 **Stefan Hielscher und Hussein Mamorry**
How can MNEs stabilize rent-sharing games in (fragile) limited access orders? An ordonomic perpective

Nr. 2024-07 **Stefan Hielscher**
Intentional and Institutional Self-Corrections: An outline for building ordonomic competencies in schools

Nr. 2024-06 **Ingo Pies**
Schwierigkeiten (mit) einer Tugendethik des Marktes – Theoriestrategische Überlegungen aus ordonomischer Sicht

Nr. 2024-05 **Ingo Pies**
Die ökonomischen Nobelpreisträger 2024: Daron Acemoglu, Simon Johnson und James A. Robinson

Nr. 2024-04 **Ingo Pies**
Wie ist Schumpeter zu interpretieren?

Nr. 2024-03 **Ingo Pies**
Preiswucher versus Lohnwucher: Neue Erkenntnisse empirischer Moralforschung und ihre politischen Implikationen

Nr. 2024-02 **Ingo Pies**
Laudationes zum Max-Weber-Preis 2024 für Geneviève Marie Chaumont, Max Kumpf und Lena Sofie Störk

Nr. 2024-01 **Ingo Pies und Felix Carl Schultz**
Klimaschutz durch Degrowth? – Ordonomische Anfragen an die Position radikaler Wachstumskritik

Nr. 2023-14 **Marc C. Hübscher**
‚Übergewinne' und Erklärungen des Gewinns im Kapitalismus
Ökonomie im Resonanzraum I

Nr. 2023-13 **Ingo Pies**
Folk Economics and Folk Ethics as Problems of Moral Reasoning – Ordonomic Inspirations for Business Ethics

Nr. 2023-12 **Ingo Pies**
Folk Economics und Folk Ethics als moralisches Problem – Ordonomische Anregungen zur Business Ethics

Nr. 2023-11 **Ingo Pies**
Freydenker 9 Fragen

[1] Als kostenloser Download unter http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2016.

Nr. 2023-10 **Ingo Pies und Marc C. Hübscher**
„Value added“ für Theorie *und* Praxis – Systematische Anregungen zur Wirtschaftsphilosophie

Nr. 2023-09 **Ingo Pies**
Anregungen für die Wirtschaftsphilosophie

Nr. 2023-08 **Ingo Pies**
IPCC

Nr. 2023-07 **Ingo Pies**
Politische Indoktrination oder wissenschaftliche Aufklärung? – Ein Briefwechsel mitsamt Vorlesungsunterlagen

Nr. 2023-06 **Ingo Pies**
Ethik des Kapitalismus

Nr. 2023-05 **Ingo Pies**
Diskursversagen im Ukraine-Konflikt – Rückblick und Ausblick

Nr. 2023-04 **Ingo Pies**
Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges – Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen

Nr. 2023-03 **Ingo Pies**
Diskursversagen im Ukraine-Konflikt? – Ein ordonomisches Follow-Up

Nr. 2023-02 **Ingo Pies**
Kriegspropaganda im Ukraine-Konflikt – Eine ordonomische Diskursanalyse

Nr. 2023-01 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis für Tim-Philipp Bruns

Nr. 2022-19 **Ingo Pies**
Corporate Citizenship – Ordonomische Auskünfte zum politischen Engagement von Unternehmen

Nr. 2022-18 **Ingo Pies und Joachim Weimannn**
Frieden für die Ukraine

Nr. 2022-17 **Ingo Pies**
Wie (un)moralisch ist Agrarspekulation?

Nr. 2022-16 **Ingo Pies**
Wir werden überschwemmt von einer Springflut schlechter Ideen – Nachdenkliches (nicht nur) zum Ukraine-Krieg

Nr. 2022-15 **Ingo Pies**
Hunger durch Agrarspekulation? – Lessons (not) learned

Nr. 2022-14 **Ingo Pies**
Wahrnehmungsmuster des Ukraine-Kriegs – Eine ordonomische Diskursanalyse

Nr. 2022-13 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik in Zeiten des Krieges – Ordonomische Reflexionen zur Theorie und Praxis der Konfliktlösung

Nr. 2022-12 **Ingo Pies**
Angst ist kein guter Ratgeber – Wut auch nicht: Ordonomische Reflexionen zum Ukraine-Krieg

Nr. 2022-11 **Christian Rennert**
Markt, Organisation und Führung – Eine Argumentationsskizze

Nr. 2022-10 **Ingo Pies**
Moral versus Ethik: Nachdenkliches zum Ukraine-Krieg

Nr. 2022-09 **Ingo Pies**
Disruptive Gratification – A Thought-Provoking Impulse to Pacify the Ukraine War

Nr. 2022-08 **Ingo Pies**
Disruptive Belohnung – Ein (wirtschafts-)ethischer Denkanstoß zur Befriedung des Ukraine-Kriegs

Nr. 2022-07 **Ingo Pies**
Hunger-Macher? Fehl-Alarm! – Zur Chronologie einer wirtschaftsethischen Intervention

Nr. 2022-06 **Ingo Pies**
Management-Kompetenzen für nachhaltige Wertschöpfung – Anregungen aus ordonomischer Sicht

Nr. 2022-05 **Ingo Pies**
Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Nr. 2022-04 **Ingo Pies**
Kapitalismus(kritik) auf dem Prüfstand

Nr. 2022-03 **Ingo Pies**
Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit bei John Stuart Mill – Eine ordonomische Rekonstruktion

Nr. 2022 -02 **Ingo Pies**
30 Jahre Wirtschaftsethik – Zur Entwicklung des ordonomischen Forschungsprogramms

Nr. 2022-01 **Ingo Pies**
30 Jahre Unternehmensethik – Ein ordonomischer Rückblick, Überblick und Ausblick

Nr 2021-07 **Ingo Pies**
Kurzinterview zur Corona-Pandemie

Nr. 2021-06 **Ingo Pies**
Diskursversagen durch moralische Vor- und Fehlurteile – Die ordonomische Perspektive

Nr. 2021-05 **Ingo Pies**
Interview: 60 Jahre Amnesty International – Ordonomische Anmerkungen zu Licht und Schaden im NGO-Sektor

Nr. 2021-04 **Ingo Pies**
Rezension zu Ulrich Blums „Wirtschaftskrieg – Rivalität ökonomisch zu Ende denken“

Nr. 2021-03 **Ingo Pies**
Liberalismus als Verfassungsphilosophie westlicher Gesellschaften

Nr. 2021-02 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis für Ann-Kathrin Crede

Nr. 2021-01 **Ingo Pies**
Kapitalismus als System zur Verwirklichung moralischer Anliegen

Wirtschaftsethik-Studien[2]

Nr. 2022-2 **Kilian de Ridder**
Procedural Climate Justice – Conceptualizing a polycentric to a global problem

Nr. 2022-1 **Ingo Pies und Klaus M. Leisinger**
Unternehmensethik und Integrität – Ein Briefwechsel zwischen Theorie und Praxis

Nr. 2020-1 **Ingo Pies und Michael Schramm**
„Ordonomik" und „Business Metaphysics" im Dialog

Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers

Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments

Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbst-verpflichtungen

Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship

Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik

Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung

Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens

Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

[2] Als kostenloser Download unter http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung.

Autor:

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISBN 978-3-96670-251-5
ISBN 978-3-96670-252-2